

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Vertriebsstellen: Einzelne Exemplare durch die Post bezogen. Vierteljährlich 1,50 M., halbjährlich 2,80 M., jährlich 5,20 M. (Postgebühren sind inbegriffen). Einzelne Exemplare für Arbeiter: 75 Pf., Geschäfts- und Privatabnehmer: 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Vertriebsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17, Telefon 3800-07. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 20

Duisburg, den 15. Mai 1920

21. Jahrgang

Bekanntmachung des Vorstandes.

Laut Beschluß des Vorstandes und des Ausschusses findet die ordnungsmäßige neunte Generalversammlung am 15. August und folgende Tage in Essen an der Ruhr statt. Alles weitere die Generalversammlung Betreffende wird später noch bekanntgegeben werden.

Anträge zur Generalversammlung sind spätestens bis zum 28. Juni an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg, Stapel 17, einzusenden. Die Anträge dürfen nicht mit Versammlungs- oder sonstigen Berichten vermischt sein. Sie sind gesondert abzufassen und mit einer Begründung zu versehen.

Die einlaufenden Anträge werden nach Ablauf der gestellten Frist geordnet und im Verbandsorgan veröffentlicht werden. Unter Berücksichtigung, daß seit der letzten Generalversammlung die Mitgliedschaft sich verdreifacht hat, wurde vom Vorstand und Ausschuss beschlossen, daß auf circa 2½ tausend Mitglieder ein Delegierter entsandt soll.

Der Tag der Delegiertenwahl wird für den ganzen Verband auf Sonntag, den 20. Juni in folgender Wahlkreiseinteilung festgesetzt:

- *
- Wahlbezirke.
- I. Bezirk.
- Dortmund, Görde, Witten 4
Duisburg 6
Essen 6
Gelsenkirchen 2
Mülheim-Oberhausen 8
Düsseldorf, Dinslage, Dülmen, Coesfeld 2
Wesel, Münster 1
- II. Bezirk.
- Aachen 8
Barmen 1
Ebn, Troisdorf 4
Düsseldorf 5
M.-Glabbach, Amern 2
Neuwied, Bonn, Mechernich, Trier 2
Stolberg, Schweiler, Düren 3
Solingen, Lpsaden 2
Neusscheid 1
Velbert 1
- III. Bezirk.
- Dielefeld, Beleda, Goppede, Delbe, Dölsberg, Warstein 1
Sagen 9
Gamm 2
Merlohn, Lüdenscheidt 2
Menden, Lippstadt, Hörter 2
Neheim 2
Siegen 2
Verdohl, Olpe 2
Vehdorf, Wissen, Dillenburg, Wehlar 2
- IV. Bezirk.
- Frankfurt, Offenbach, Fulda, Hanau, Höchst, Mainz, Cassel, Wiesbaden, Worms 1
- V. Bezirk.
- Stuttgart, Heilbronn, Göttingen, Geislingen, Mottenburg, Remmingsen, Landersheim, Schuffenried 1
Ulm, Vöhrbach, Friedrichshafen, Ravensburg, Weingarten, Wangen 1
Schramberg, Lauterbach, Erieberg, St. Georgen, Tuttingen 1
Gmünd, Alen, Unterkochen, Wasseralfingen 1
Mannheim, Karlsruhe, Turlach 1
Worheim, Ettlingen, Ebertsheim, Menden, Baden-Baden 1
Singen, Donaueschingen, Neustadt, Freiburg, Furtwangen, Göttingen, Villingen, Niedereschach, Böhrenbach, Waldkirch, Schönwald, Venzkirch, Schonach 1
- VI. Bezirk.
- Nürnberg, Schweinfurt 1
München, Altdorf, Eintracht, Straubing, Regensburg, Bergen, Marktredwitz 1
Amberg 1
Augsburg, Ingolstadt, Weichenburg, Oberstdorf 1
- VII. Bezirk.
- Saarbrücken, Neunkirchen 2
Dillingen, Völklingen 2
Saarlautern, St. Ingbert 1
- VIII. Bezirk.
- Magdeburg, Eisenach, Erfurt, Halberstadt, Hötensleben, Lebach, Mühlhausen, Eder, Ebersleben, Halle, Braunschweig, Dingseldt, Duderstadt, Heiligenstadt 1
Hannover, Silbesheim, Bellingrode, Peine, Groß-Ilse, Kirchgandern 1
- IX. Bezirk.
- Danzig, Elbing, Bromberg, Heilsberg, Königsberg, Rößel 1
- X. Bezirk.
- Kattowitz, Breslau, Brieg, Glatz, Górlitz, Lamsdorf, Neisse, Neufals, Neustadt, Sorau, Schweidnitz, Waldenburg, Zwickau, Zennersdorf 2

- XI. Bezirk.
Chemnitz, Aue, Ellenburg, Halle, Jena, Leipzig, Meißen 1
- XII. Bezirk.
Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Hensburg, Kiel, Lübeck, Wismar 1
- XIII. Bezirk.
Berlin, Brandenburg, Fürstenwalde, Schwiebus, Eckartsau, Stettin, Suckrow 1

*

Wahlvorschriften.

1. Die Wahlen müssen am Sonntag, den 20. Juni in allen Ortsgruppen vorgenommen werden. Eventuelle Stichwahlen werden am 27. Juni getätigt. Die Vorbereitung der Wahl soll frühzeitig in Angriff genommen werden.

2. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die ihre Beiträge bezahlt haben. Das Mitglied wählt in der Ortsgruppe, der es am Wahlort angehört. Einzelmitglieder und Personen, die sich auf Wanderschaft befinden, wählen in der ihnen nächstgelegenen Ortsgruppe.

3. Nicht aller Mitglieder ist es, ihr Wahlrecht auszuüben; das Wahlrecht ist bei der Wahl vorzulegen. In das Wahlrechtbuch soll dem Mitgliede auf der zweiten Seite des Titelblattes die Verteilung am Wahlort durch Ausdruck des Stempels bescheinigt werden.

4. Jede Ortsgruppe hat eine Wahlliste anzulegen, worin die Namen der Mitglieder, welche ihr Wahlrecht ausüben, mit Namen und Anschrift eingetragen sind. Die Liste bleibt zur Kontrolle im Verwahr der Ortsgruppe.

5. Um eine Persiflierung der Stimmen möglichst zu vermeiden, soll der Wahlvorstand sich mit den ihm angetrauten Ortsgruppen schriftlich ins Einvernehmen setzen und denselben geeignete Maßnahmen unterbreiten. Es ist Wert darauf zu legen, daß nur solche Delegierte gewählt werden, welche sich in der Organisation bewährt haben und eifrig tätig gewesen sind.

6. Die Wahl erfolgt geheim und durch Stimmzettel, die mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sind. Von Wählern werden die Zettel heimlich überreicht. Jeder Wähler hat auf den Stimmzettel soviel Namen zu schreiben als Delegierte zu wählen sind. Die Namen der in Vorwissen gebrauchten Kandidaten sind vor dem Wahlort mitzuteilen. Stimmzettel, welche mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, müssen als unzulässig erklärt werden.

7. Die Stunden der Wahl sind durch die Ortsgruppe festzusetzen und den Mitgliedern bekannt zu geben. Wo mehrere Ortsgruppen einen Wahlbezirk bilden, müssen das Resultat und die Stimmzettel nach getätigter Wahl dem Wahlvorstand sofort übermittelt werden.

8. In Ortsgruppen, wo Mitglieder regelmäßig Tag- und Nachtarbeit haben, und auch des Sonntags arbeiten müssen, — z. B. Hüttenarbeiter — sind die Wahlstunden so einzuteilen, daß es sowohl der Nacht- als der Tagarbeit möglichst ist, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Stunden der Wahltermins sind früh genug den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

9. Der Wahlvorstand des Wahlbezirks hat das eingelangte Material und die Stimmzettel zu prüfen und festzustellen, ob eine Stichwahl erforderlich ist. Im letzteren Falle ist den beteiligten Ortsgruppen sofort Mitteilung zu machen mit Nennung der zwei Kandidaten- unter welchen Stichwahl zu erfolgen hat.

10. Als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Hat kein Kandidat die absolute Majorität erhalten, so ist Stichwahl erforderlich zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

11. Als Kandidaten für die Stichwahl gelten nur immer die beiden, welche im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt haben. Stimmen, welche in der Stichwahl auf andere Namen lauten, sind unzulässig.

12. In jedem Wahlbezirk ist außer dem Delegierten ein Ersatzmann zu wählen. Der Kandidat, der nächst dem Delegierten die höchste Stimmenzahl erreicht, gilt als Ersatzmann. Wenn der gewählte Kandidat verhindert ist, an der Generalversammlung teilzunehmen, so tritt der Ersatzmann mit gleichen Rechten an dessen Stelle.

Die Wahlvorstände haben bis spätestens Sonntag, den 4. Juli der Hauptgeschäftsstelle in Duisburg die Resultate der getätigten Wahlen unter Angabe der genauen Adressen der Delegierten mitzuteilen.

Die Wahlergebnisse werden im Verbandsorgan bekannt gegeben.

Der Rentenvorstand.

F. B. Wieber,
Verbandsvorsitzender.

Die ausgeschriebene Generalversammlung ist die neunte, die unser Verband abhält. Die achte fand bekanntlich im Jahre 1918 in Duisburg statt.

Zwei Jahre liegen zwischen den beiden Generalversammlungen, zwei Jahre von unermesslichen geschichtlichen und politischen Ereignissen. Mitten von Kriegen undräur hand Deutschland da, all sein Mut war gebrochen. Kurzfristige, kleinliche, egoistische Politik im Innern, Wucher und Schieberismus, die verheerende Politik der Sozialdemokratie, die laßungsvollen Verhandlungsabreden auf

unserer Seite, die man auf der des Feindes mit Hohnscheln quitierte, die Uebermacht des Aggressors, alles das sind Momente, die auf den Zusammenbruch hinführten. Und dann kam die Revolution, jener lächerliche Abwurf von Freiheit, Macht und bombastischen Reden, von Märbereien, Diktaturen, von russischem Geld und fettem Essen, von Hunnerei, Arbeitslosigkeit und Elend. Nirgend ein erhabener Gedanke, nirgend ein gewaltiger Aufschrei des Volkes. Ein Franzose würde es mit Recht als Verleumdung ansehen, wenn wir diese Revolutionsmache „made in Germany“ mit der ungeheuren Erschöpfung der französischen Volkseele von 1789 in Parallele stellen würden.

Und dann der Neuanbau. Die Nationalversammlung gab die Verfassung, eine für die Kürze der Zeit gewaltige Leistung. Im Lande wühlte U. S. und hielt mit allen möglichen Mitteln die Arbeiterkraft vom Arbeiten ab. Die Kräfte zeigten sich während des Jahres 1919 in den sozialistischen Hochburgen, wo ein Streik den andern jagte und man von einem Putsch in den andern tanzelte. Mittlerweile ist an vielen Orten die sozialistische Arbeiterkraft zu klaren Denken gekommen, sie scheint einzusehen, daß man nicht mit Wrasen eine neue Wirtschaft aufbauen kann.

Wiederum muß das Wort gesagt werden, daß der sozialdem. Parteiführer Schulz nach dem Metallarbeiterstreik in Elbing ermahnt zu seinen Genossen sprach: „Das muß ich sagen, die Christlichen haben wie eine Mauer“. Es wird ein stetes Ruhmesblatt der christlichen Arbeiterkraft sein, auch in der schwersten Zeit alle ihre Kräfte hinzugeben zu haben, damit die deutsche Gemeinwirtschaft wieder neu erstehen kann. Alle anderen Stände hätten sich daran ein Beispiel nehmen sollen.

Der Friedensvertrag brachte endlich die Not unsers Landes und unter Wirtschaft auf den Höhepunkt. Lebenswichtige Gebiete schnitt die Entente in brutalster Art ab, ihr Verstreben war, Deutschland zu ihrem wirtschaftlichen Sklaven zu machen; das Wort „Verständigung“, wird den vier Augusten von Versailles nur ein Lächeln entlockt haben.

Die deutsche Gesamtwirtschaft leidet unter dem Mangel an wirklichem sozialen Geist. Ganz abgesehen von den an sich direkt unmoralisch wirkenden hohen Gehältern gewisser Velleidungsindustrien, während das Volk am Leben Not leidet, läßt aber auch der soziale Geist bei einem bedeutenden Teil der Arbeiterkraft sehr zu wünschen übrig. Arbeiter und Handwerker sind wirklich keine Reichen wahrer sozialer Gesinnung.

Neben der sozialen Gesinnung ist die Tatkraft ein wichtiger Faktor bei allen Ständen ohne jede Ausnahme das, was uns am meisten not tut. Produktion, vermehrte Produktion auf allen Gebieten allein kann uns retten. Nationale, intensive Arbeit gibt uns die Möglichkeit, aus dem Elend herauszukommen. Das Verbrechen ist, daß es noch bedeutende Gruppen im deutschen Reich gibt, die mit allen Mitteln versuchen, die Arbeit zu unterbinden, die entweder als Prinzipienreiterei oder aus Speichelleiderei der Masse gegenüber nicht sagen, was not tut.

Das alle kapitalistische System muß abgelöst werden durch ein soziales. Das geht freilich nicht von heute auf morgen. Da muß auch der Mensch anders werden. Notwendig aber ist vor allen Dingen, eine gerechte Verteilung des „Mehrwertes“, ein besserer Anteil an dem Produktionsvertrau. Selbstverwaltungskörper im Verein mit der Arbeiterkraft und den Konsumenten haben für die Preisregulierung Sorge zu tragen. So soll sich die Arbeiterkraft die Umstellung der Wirtschaft, in der der Arbeiter nicht mehr als untergeordnetes Glied dasteht, sondern als gleichberechtigter Faktor mitwirken kann und soll. Dazu gehört aber auch eine ungeheure geistige Kraftanstrengung des Proletariats. Eine Wirtschaft macht man nicht mit Wrasen, sondern mit Kenntnissen. Und Kenntnisse, jahrzehntelange Erfahrungen bedingt das Unternehmertum. Wenn die Arbeiterkraft wirklich mitmachen will, dann bedarf es noch einer bedeutenden Steigerung der geistlichen Kräfte des Proletariats. Ohne das geht es nicht. Das geht aber nicht ohne zielbewusste, energiegelade geistliche Schulung. Wer das nicht einseht oder nicht will, soll seine Finger davon lassen. Und es muß leider gesagt werden, daß ein großer Teil der Arbeiterkraft, der sogenannte Jahrgang 1918 nicht immer der relevanten Interesse dafür gezeigt hat. Der wirkliche gewerkschaftliche Obergeist ist ihnen manchmal ein Ruz mit sieben Siegen. Sie denken nur an das Heute, aber nicht an das Morgen.

Für diesen letzteren Geist darf in der Gewerkschaftsbewegung kein Platz bleiben und vollends liegt in dem Ueberwiegen desselben für die Bewegung und für die Arbeiterkraft selbst eine große Gefahr. Ihre ideale Aufgabe besteht auf die Dauer für die Bewegung die Gefahr, zu verkrüppeln und verliert sie bei schwierigen Situationen die Widerstandskraft. Die Geschädigten sind dann aber einzig und allein die Arbeiter selbst.

Es wäre ein Zeichen von unverzeihlicher Kurzsichtigkeit zu glauben, daß sich die gewerkschaftlichen Bewegungen, wie Lohnanpassungen und dergleichen auch für die Folge immer in derselben mehr oder minder leichten Art abspielen würden, wie es in den letzten Jahren der Fall. Vielleicht ist die Zeit schon gar nicht mehr fern, wo es der vollen gewerkschaftlichen Stuhkraft bedarf, um große Unbilligkeiten von den Arbeitern fernzuhalten, die ihnen ausgeübt werden sollten. Und dann rächt es sich schwer, wenn die Arbeiterkraft nicht vorzubereiten verstanden hat. Vorzubereiten heißt nun aber nicht anderes, als wie den alten Gewerkschaftsgeist wieder in vollem Maße erstehen lassen.

Stellungnahme zu den gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen unserer Tage wird auch unsere neunte Generalversammlung nehmen. Sie wird sich vor allem mit der Frage zu beschäftigen haben, ob und inwieweit eine Neuorganisation des Verbands- und Unterstützungswezens, in dem uns sehr viele andere Verbände voraus sind, notwendig und wünschenswert ist, um sie zeitgemäß auszugestalten. *Dah habe die gewerkschaftliche Erziehung näher beleuchtet wird, versteht sich von selbst. Die Zukunftsentwicklung unserer Bewegung hängt hauptsächlich von diesen beiden Fragen, im Verein natürlich mit den wirtschaftlichen Aufgaben, zu denen wir Stellung zu nehmen haben, ab. Je mehr es gelingt, den elten echten Gewerkschaftsgeist in unsern Reihen zum Geist eines jeden Kollegen zu machen, um so besser werden wir voranzukommen. Dazu soll auch die neunte Generalversammlung unsers Verbandes dienen.

Der Kampf um die Arbeitszeit.

IV.

In der vorigen Nummer hob der Artikel die vielfachen Lichtseiten hervor, die naturlicherweise aus der Einführung des Achtkundentages kommen mußten. Da wir als christliche Arbeiter unsere wirtschaftliche Anschauung aber nicht auf Phrasen- und Demagogentum aufbauen, sondern klaren ungetrübten Blickes an die Fortschritte der Welt gehen, kommen wir auch an einer Behandlung der Schattenseiten des Achtkundentages nicht vorbei. Diese Schattenseiten bestehen nun nicht in dem vielfach beklagten Unvermögen, mit der freien Zeit etwas Gutes anzufangen, in dem Knochenschmerz oder Stoffschlacken, alles mehr oder weniger Kollateralschaden, die Schattenseiten liegen im allgemeinen schematischen Achtkundentag als solchem begründet, wie im nachfolgenden dargestellt wird:

Die großen tiefgründigen Schattenseiten des achtstündigen Maximalarbeitstages bestehen in folgendem:

1. Durch den achtstündigen Höchstarbeitstag sollte eine gewisse Gleichstellung der Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer geschaffen werden. In Wirklichkeit ist aber dadurch eine himmelschreiende Ungleichheit hervorgerufen worden; denn es kann kaum noch eine kürzere Arbeitszeit eingeführt werden. Die Höchstgrenze durch gesetzlichen Zwang bewegt sich also mit der unteren Grenze der Leistungsmöglichkeit fast auf einer Linie. Der Vielgestaltigkeit der Arbeit ist nicht Rechnung getragen. Dieses führt zum Verhängnis. Denn diese Gleichmacherei hat naturgemäß zur Folge, daß von der schwereren, angestrengteren, gesundheitschädlichen, geübten und verantwortlichen Arbeit immer mehr abgerückt wird. Gegenüber der leichteren Arbeit immer mehr zugestimmt; denn die Arbeitszeit ist ja dieselbe, Gefahren und sonstige Unannehmlichkeiten kennt man hier weniger und mit dem Lohn wird ja auch immer mehr der Gleichmacherei zugestimmt. Brauchen wir uns deshalb zu wundern, wenn im Bergbau, in der Metallindustrie, im Tiefbau tausende und aber tausende von Arbeitsstellen leer sind, diese aber von dem Überangebot in anderen Berufen und von Arbeitslosen nicht besetzt werden, weil sie ein anderweitiges besseres Unterkommen abwarten und wohl auch bekommen werden? Und ist es in Wahrheit der gleichmäßigen Arbeitszeit für alle Arbeiter nicht durchaus berechtigt, wenn die Arbeiter unter Tage, wie auch die Schwerarbeiter in der Eisen- und chemischen Industrie die 7- und 8stündige Schicht fordern? Aber wohin würden wir kommen, wenn sich die benannten Arbeiterarten die Anerkennung ihres Rechtes aus höher liegenden Erwägungen nicht gefallen ließen? Dieses kann kein Dauerzustand werden! Arbeiter, die ständig im Schweiß gebadet, in glühender Hitze, oder am heißesten Feuer schwerer Maschinen müssen, oder die sonstige schwere körperliche Arbeiten in aufreibenden Wechsel- und Nacht-, an Sonn- und Feiertagen verrichten, oder die den ganzen Tag bei den nebensächlichen Schlägen, in dem Getöse und Schnurren des Betriebes mit seinen Gefahren stehen und neben der Verrichtung mehr oder weniger schwerer körperlicher Arbeiten auch geistig fast andauernd bis aufs Höchste angestrengt sind und eine große Verantwortung tragen, oder die mit gefährlichen Gift, Gas und Staub bei der Arbeit zu rechnen haben — die sind eben anders zu berücksichtigen, als Arbeits- und Erwerbsberufe, die diese Aufwendungen an Kraft und Geist, an Leben und Gesundheit nicht zu leisten brauchen. Hinzu kommt noch, daß wohl in der gesamten Eisen- und Metallindustrie die Arbeitskräfte bis aufs Letzte rationell ausbeutet werden. Hier geht zudem die Arbeit das ganze Jahr ununterbrochen durch. In den sogenannten Saisonberufen, wie im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in mehr bedienenden Gewerben usw., ist dieses nicht der Fall. Trotz alledem besteht für alle die gleiche Arbeitszeit. Man wird es daher verstehen können, wenn die anscheinend große soziale Tat der Einführung des achtstündigen Höchstarbeitstages unter diesen Verhältnissen die erwartete Befriedigung nicht gefunden hat und nicht finden wird. Ebenso kann man daher auch verstehen, wenn die Metallarbeiter in einzelnen Industriezweigen des Reiches schon den wirksamen Versuch machte, die 48stündige Arbeitswoche auf 46, 44, 36 und auf noch weniger Stunden herabzusetzen.

2. Der achtstündige Maximalarbeitstag für Arbeitnehmer hat dazu geführt, daß ein großes Heer von sonstigen Berufen den Vorstoß, den sie seither gegenüber der Arbeitszeit der Arbeiterschaft hatten, beibehält und keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, um eine notwendige Grenze nach unten zu setzen. Hier wurde vielfach die sechsstündige Arbeitszeit von 8-2 Uhr eingeführt. Dazu oder daneben begegnen wir entweder ganzen, oder halben freien Wochen-Arbeitstagen, weiterem Urlaub und dergl. Die beschränkten Sprechstunden bei Behörden, Ärzten, Kaufleuten und dergl. belegen ja das weitere. Was alles dieses, ganz abgesehen von der moralischen Einwirkung auf die Arbeiterschaft für allgemeine wirtschaftliche Verschlechterungen im Gefolge haben mußte, werden wir im nächsten Teil sehen. (Gewiß soll anerkannt werden, daß im Laufe der letzten Zeit nach Mitteilungen in der Presse die Kommunalbeamten einiger Städte wieder zur alten Arbeitszeit zurückgekehrt sind.)

3. Diese allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit hat naturgemäß die ganze körperliche und geistige Arbeitsleistung und damit die Schaffung aller Lebensnotwendigkeiten gewaltig herabgesetzt, sowie unmittelbar und mittelbar einen großen Teil Schuld an der unheimlich weiter steigenden Teuerung. Soweit die Verkürzung der Arbeitszeit menschlich, wie nach den bestehenden Rechten des Gemeinns erforderlich war, mußte dieses mit in den Kauf genommen werden. Dann wäre aber das Hebelange nicht so groß geworden. Wichtig ist auch, daß in manchen Berufen trotz Achtkundentag die Arbeitsleistung wieder weit gemacht wurde. So teilte der Reichsverband der deutschen Industrie in seinen Mitteilungen Nr. 274 vom 27. September 1919 nach einer Umfrage von führenden Unternehmungen mit, daß die Erzeugung für den westdeutschen Industriebezirk bei der achtstündigen Arbeitszeit gegenüber der zehnstündigen vor dem Kriege schon 85 bis 90 vom Hundert

betrage. Neuerdings berichtet ein führender Industrieller, daß die Walzwerke des westlichen Industriebezirks die Erzeugung im Monat Februar d. J. gegenüber dem gleichen Monat im Jahre 1918 sogar überholt hätten. Solche Erhebungen liegen gewiß auch noch sonst viele vor. Aber allgemein ist ein besseres Auswählen der Betriebskräfte, ein rationelleres Arbeiten eine Steigerung der Arbeitsfreude gar nicht malsch oder nicht im gewünschten Maße eingetreten. Die Folge davon ist die Knappheit der Ware. Bedingt diese schon eine Teuerung, so kommt die weitere noch hinzu, die durch die kürzere Arbeitszeit an und für sich gegeben ist. In derselben Weise kommt dieses zum Ausmaß bei dem ungeheuerlich großen Apparat der Behörden, sowie bei den sonstigen Einrichtungen und Notwendigkeiten des Lebens. Unersöhnliche Preise, schwere Steuern, große Abgaben, Gebühren und dergl. reden eine bezeichnende Sprache. Die Lohnerschöpfung werden dadurch verschärft. Was durch diese Arbeitszeitverkürzung erzielt wurde, geht zum großen Teil durch die unheimliche Teuerung und Knappheit der Lebensnotwendigkeiten wieder verloren. Im Effekt haben wir also bis jetzt kaum eine Besserstellung erzielt, sondern treiben anscheinend immer mehr einer Verelendung zu.

Die schwere Wucht dieser Schattenseiten hat jedoch hauptsächlich in unsern allgemeinen unglücklichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lage ihre starke Wurzel. Durch den jahrelangen schweren Krieg sind Millionen der besten Arbeitskräfte der Alterzeugung entzogen worden. Jede und leer steht es mit den Lebensbedarfsartikeln nicht nur bei uns, sondern fast auf der ganzen Welt aus. Für uns kommt noch in Frage der verlorenen Krieg; wir haben die schweren Wiekumpen der unerbittlichen Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zu tragen. Wir sind dem unerbittlichen Weltkapital der Entente preisgegeben, deren Fingert wir noch nicht ausgestoßen haben. Ein Teil der festesten Weltgründe für deutsches Leben ist uns durch Gebietsabtretungen genommen und sind diese für unsere Versorgung weit zu machen. Fast andauernde Nachzudungen der Novemberrevolution versehen uns durch unerbittliche Streikämpfe weitere Notensprüche. Der Wert des deutschen Geldes ist im Ausland ins Unendliche gesunken. Ein ausländischer Kredit ist uns bis jetzt noch nicht gewährt worden. Die Feinde machen es uns unmöglich, daß wir die Böcher an unsere Grenzen die Verschleuderung deutscher Waren ins Ausland verstopfen können. Rohmaterialien und Waren werden uns aus dem Ausland nur gegen Austausch von deutschen Produkten geliefert. Die Hoffnung, daß durch den Friedensvertrag Fragen des Arbeiterkampfes und namentlich der Arbeitszeit international geregelt würden, haben unsere Feinde gründlich zerfälscht. Wir sind noch weit von der internationalen Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages entfernt, trotz der vielgepriesenen sozialdemokratischen Internationale. Bei uns im Inland machte die scheinbare Auflösung der Ordnung eine geregelte Wirtschaft unmöglich. Der hohe ideelle Gemeinssinn, der zur Vermittlung einer gleichmäßig kurzen Arbeitszeit eine unbedingte Voraussetzung wäre, ist leider überhaupt nicht da, oder nur in einem schwachen oder falsch verstandenen Maße vorhanden. Statt dessen finden wir mit nur wenigen rühmlichen Ausnahmen, welche inbezug auf Arbeitszeit wohl nur bei einigen Arbeiterberufen vorliegen, eine Furcht und Selbstfürcht, einen Egoismus, die zum Himmel schreien. Es fehlt an der Erkenntnis der Idee, die allein den stichtlichen, alles mit sich reisenden Gehalt in sich birgt, um eine wirklich großzügige soziale Tat über irdische Menschenkräfte hinaus segnend zu gestalten. Diese Idee ist das Christentum und seine Lehren. Rame sie mehr zur Erkenntnis, dann würden die vorliegenden Schattenseiten, sowie das vorhin geschilderte Dunkel unserer Zeit dem berechtigten Verlangen der Lohnarbeiterschaft auf kürzere Arbeitszeit nicht hemmend im Wege stehen.

Solidarisierung.

In den bisherigen Ausführungen über „Solidarisierung“ wurde nachgewiesen, daß ihre Finanzmaßnahme keinesfalls das Finanzkapital ausfallen, ja mit diesen anfangen muß, da auf andere Weise die Reform unserer Geldwesen nicht möglich ist. Die Gründe wurden hier für angeführt und die Gefahren abgetrieben. Hierbei wurde auch notwendig Weise der Charakter des Produktiv-Kapitals und der des Reichtums als klar gestellt. Daraus ersichtlich werden die angestrebten Endzwecke in kurzen Zeilen zusammengefaßt und in großen Zügen auf die praktische Durchführung einer Solidarisierung im Finanzkapital und Industrie eingegangen.

- Im Schlußwort wird zu gemeinsamem Wirken zwischen Arbeitern und anderen Ständen aufgerufen.
- Die bisherigen Richtlinien für eine Solidarisierung würden kurz zusammengefaßt folgende Hauptziele haben:
1. Unterbindung des arbeitslosen Zinseinkommens.
 2. Verhinderung weiterer Zusammenballung des großen Finanzkapitals in wenigen Händen.
 3. Entschuldung und Hebung des kleinen und mittleren Besitzes.
 4. Erleichterung des Erwerbes von Besitz durch die jetzt bestohlenen Kreise.
 5. Einräumung des ersten Platzes für Wissen und Arbeit vor dem Gelde, unter Wahrung der Ordnung.
- Wenn die Ausführung dieser Grundsätze gelegentlich auch das internationale Finanzkapital auf die Fühneraugen treten sollte, dann werden wir die an das Ausland eingegangenen geldlichen Zinsverpflichtungen nicht ohne weiteres brechen können. Aber eine gesunde soziale Neuordnung wird sicher nicht an den deutschen Grenzen halt machen, da sie dem Wohle des überwiegenden Volksteiles dient und andere Völker unter demselben Trud leiden.
- Der nun folgende Versuch, die Solidarisierung praktisch auszuführen, ist natürlich nur so zu verstehen, daß es sich um Vorstöße in gewissen Zügen handelt. Bei der Zielvorgabe unserer sozialistischen Bewegung könnte die eigentliche Durchführung nur sehr langsam und unter Heranziehung der jedesmal sachverständigen Kreise erfolgen.
- Wenn wir uns nicht zum zürst die Kapitalien etwas näher ansehen, die bei den Banken zusammenliegen, so werden wir finden, daß es zum großen Teil Einlagegelder sind (Depo-

siten); sie setzen sich zusammen aus den Guthaben kleiner Geschäftleute und Handwerker, bis zu deren größter Zinsen. Dies ist aber ein Grund mehr für die Forderung, das Geld des Volkes auch vorzugsweise dem Volke dienbar zu machen in Form von unparteilicher Kreditgewährung. Eine weitere Begründung hierfür siehe ich in folgendem:

Dadurch, daß so viele Geschäfte über die Konten der Banken laufen, erhalten diese wichtige Einflüsse. Es kommt vor, daß diese in einer Richtung Bewertung finden, die mit den Interessen mancher Kunden mindestens nichts zu tun hat. Die Banken schluden also Betriebskapital und Geschäftserfahrung. Die Vorteile, die sie hierfür bieten, besonders den Scheinverkehr, könnten sozialisierte Banken auch bieten.

Im einzelnen ist die Ausführung so gedacht, daß der Staat nur eine formelle Oberhoheit erhält, um Notfalls einzugreifen zu können. Seine Organe könnten bleiben das Parlament und ein Reichswirtschaftsrat als Berufungsinstanz gegen die Maßnahmen der fünf selbstständigen Verwaltungsräte der Bankverbände. Eine Entelgung der bisherigen Besitzer soll nicht erfolgen, dagegen soll die Verlassung fortfallen und nur die wirkliche Tätigkeit kaufmännischer oder sonstiger Art gemessen bezahlt werden. Die Banken selbst sollten nach Branchen zu Syndikate zusammengegliedert werden. Die Spezialisierung der Selbstinstitute und die Erfahrungen ihrer Leiter müssen unbedingt erhalten bleiben. Jeder einzelne Bürger hätte die Pflicht, sich bei einer ihm genehmen Bankgruppe bzw. Lokalbanc ein Sparkonto eröffnen zu lassen. Von hier würden ihm dann neben den handelsüblichen Schecks (Barischek und Verrechnungsscheck) an Stelle von Banknoten sogenannte limitierte Schecks (eine englische Einrichtung) auf Wunsch ausgeben werden und zwar etwa von 1000 M. bis 5 M. herab. Der Inlandsverkehr brauchte nur noch eine Ergänzung durch kleine Kassenscheine, während das übrige Geld bzw. Banknoten bei den Banken zurückgehalten würden und nur Verwendung zu finden hätten, z. B. für den Verkehr mit dem Auslande, als Bankreferenzen und nur ausnahmsweise zur Auszahlung an Bürger. Unter den oben erwähnten limitierten Schecks versteht man solche mit feststimmendem Betrage; er unterscheidet sich also für den praktischen Gebrauch nicht von den bisherigen Banknoten. Auf alle Fälle würde es aber möglich sein, auf diese Art einen großen Teil der Banknoten selbst aus dem Verkehr zu ziehen, zu Gunsten unserer Valuta und unserer Steuererträge aus den Kreisen, deren Geschäfte bisher besonders undurchsichtig waren.

Jede Bankengruppe würde als Spitze einen Verwaltungsrat erhalten; derselbe hätte aus Fachleuten zu bestehen und außerdem aus Vertretern aller wichtigen Zweige der Volkswirtschaft einschließlich Bauern, Arbeitern, Angeestellten und der freien Berufe. Mit einem Staatsvertreter zusammen würde er in der Lage sein, gleichmäßig die Interessen der Produzenten und Konsumenten im Auge zu behalten. Zu diesem Zweck soll er besonders bei der Darlehensgewährung Rücksicht gebend sein. Damit aber auch die gesunde privatwirtschaftliche Denkart und die Fachkenntnis nicht zu kurz kommen, wäre dem Verwaltungsrat eine aus Kaufleuten und Technikern zusammengesetzte Treuhänder an die Seite zu stellen, die eine sachmännische Durchsicht aller Geschäfte und wirksame Kontrolle der einzelnen Syndikatsbanken garantieren müßte. Die Banken der einzelnen Orte wären durch Direktoren zu leiten.

Jhr. Stab würde zweckmäßig durch einen Techniker ergänzt (Industrie- bzw. Gewerbeschaffmann). Zur Seite müßten den Ortsbanken Ortsausschüsse stehen, die sich aus allen Schichten der beruflich tätigen Bevölkerung aber in nur wenigen Köpfen zusammenzufassen hätten. Es würde genügen, wenn sie zu regelmäßigen Sitzungen einberufen würden und mit beratender Stimme gehört würden. Bei kleineren Geschäften müßten die Volksbanken selbständig sein; bei wichtigeren Fragen, besonders größeren Krediten, hätte der Verwaltungsrat des Syndikats zu entscheiden. In diesem hätten zweckmäßig auch die Inhaber des Kapitals ihren Platz. Zur Erhaltung der Schlagfertigkeit, die sonst das Privatkapital auszeichnet, hätten die Verwaltungsräte der Syndikate den Reichswirtschaftsrat lediglich als Berufungsinstanz über sich. Nur in ganz besonderen Fällen muß dem Staatsvertreter in dem Verwaltungsrat des Syndikats ein Einspruchsrecht zustehen. Auch dem Reichswirtschaftsrat müßte in einer Treuhänder ein erstklassiges Organ zur Seite stehen zur sachmännischen Durchsicht und Prüfung aller Vorlagen vor Entscheidung durch den Reichswirtschaftsrat selbst.

Den Fehler aller parlamentarischen Einrichtungen, politische Gesichtspunkte auch auf Fragen wirtschaftlicher und gewerblicher Art zu übertragen, müßte insoweit gesteuert werden, daß die Bearbeitung durch die Treuhänder unter unpolitischen und ausschließlich sachlichen Gesichtspunkten erfolgt.

Vermutlich würde sich die Reichsbank dem Rahmen der sozialisierten Banken ganz gut anpassen lassen.

Da es sich nicht um Ausarbeitung von Einzelheiten handelt, will ich hiermit das Kapitel Banken schließen und zur Industrie übergehen. —

Wie schon an anderer Stelle gezeigt, ist das vom Finanzkapital unabhängige, produktive Kapital, sehr zusammengeklumpt. Durch Befreiung des Kredits würde demnach der weitaus größte Teil von Industrie und Gewerbe schon hierdurch maßgebend beeinflussbar sein.

Im wesentlichen bleiben für eine Solidarisierung nur noch Industriemonopole und große Werke übrig.

Gemäß dem Grundsatz, selbstständige Existenzen nicht zu vernichten, sondern zu schaffen, können Handwerker, Bauern und mittlere Industrien für eine Solidarisierung überhaupt nicht in Frage. Für die größeren Werke dagegen wäre ein solcher Zusammenschluß zu Sachverständigen das Gegebene. An seine Spitze hätte ein nach denselben Grundsätzen zusammengesetzter Verwaltungsrat zu treten, wie bei den Bankverbänden. Eine besonders auch das Selbstbestimmte überdauernde Treuhänderorganisation wäre auch diesem Verwaltungsrat an die Seite zu stellen. Im übrigen müßten die Leiter der Werke möglichst ihre Selbständigkeit behalten.

- Das Ziel soll sein:
1. Größte Wirtschaftlichkeit.
 2. Vermeidung von Produktionsanarchie zur Befriedigung der früher regelmäßig aufstrelenden Wirtschaftskrisen. (Regelung der Produktionsmenge.)
 3. Milderung des Gegensatzes zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer. (Sozialpolitik.)

4. Vereinfachung der Interessen der Verbraucher. (Preispolitik und Ausfuhrregelung)

Ortsausschüsse dürfen bei der Industrie entbehrt sein, da zu versuchen wäre, das Betriebsrätegesetz in die Neuordnung einzuarbeiten. Ein Unterschied zwischen dem Bankyndikat und Industrieyndikat besteht darin, daß die Industrie sofer zu erfassen und dem Unternehmer in Bezug auf Organisation und Produktion unter Beachtung grundsätzlicher Vorbehalte möglichst wenig hineinreden wäre. Der Verkauf soll über das Syndikat gehen. Die außerordentliche Vielgestaltigkeit der Industrie, ihr Risiko und die Notwendigkeit rascher Entschlüsse bedingt natürlich neben möglicher Freiheit für den Unternehmer, auch Erhaltung des Produktionsanreizes durch Gestattung eines angemessenen Arbeitslohnes und Unternehmerrückgewinnes; andernfalls würde das Risiko absehbar.

Da ich mich auf Industrie und Bankwesen beschränken will, soll über den Großhandel nur soviel gesagt sein, daß er dem Einfluß der solidarisierten Industrieyndikate untergeordnet wäre. Das Ziel müßte sein:

Verminderung des Druckes auf Kleinhandel und Verbraucher durch Beschränkung der Zwischengewinne und durch ständige genaue Kontrolle.

Das Leitmotiv der vorhergehenden Zeilen liegt schon in dem Worte „Solidarismus“. Wir sehen zwei Richtungen gegen ihn kämpfen, beide aus materialistischer Welt- und Wirtschaftsanschauung geboren und Feinde des christl. Grundgesetzes von der Gleichberechtigung des Nächsten. Diese zwei Gegner sind der Mammonismus und die Sozialdemokratie; ersterer aus kalter Berechnung, letzterer im Mangel unklarer Gedanken in den Massen, aus Strebertum und Parteifanatizismus bei den Führern.

Kapitalismus und Sozialdemokratie verhalten sich wie Vater und Sohn; ihre geistige Ueberereinkommung tritt in allen Kulturfragen zutage. Der Gegensatz fängt erst da an, wo der Sohn den Vater beerben will, bevor der letztere tot ist.

Beide haben vor dem Solidarismus einen theoretischen Vorprung; denn ihre Lehren sind einfach und radikal, also leicht dem Verständnis mittelständiger und kleiner Geister einzuwirken. Sie sind aber wirklichkeitsfremd und ganz und gar nicht staatenbildend. Der Solidarismus als Wirklichkeitslehre läßt sich zwar durch einen Leitfaden zum Ausdruck bringen, erfordert aber entsprechend der Vielgestaltigkeit des Lebens auch Mannigfaltigkeit in der Anwendung. Es ist also sehr viel schwerer, eine urteillose Menge für ihn zu entflammen. Wurzel faßt er dagegen leicht, wo das Christentum lebendig ist. Unter diesen Umständen ist der Kampf sehr schwer und es muß jede Zersplitterung der auf dem Boden des Christentums Stehenden unterbleiben, geht es doch um Ganze. Die Zeichen der Zeit haben die christlichen Arbeiter klar erfasst. Zeugnis hierfür legt der Artikel in Nr. 14 des „Deutschen Metallarbeiters“ ab unter dem Stichwort: „Die Idee Lieblichkeit oder die christliche Gemeinschaftsidee“. Sie beweisen von neuem den Erfahrungssatz, daß christliche Arbeiter an Intelligenz, Entschlossenheit und Willensstärke keinem Stande nachstehen; die Pflicht der anderen Bürgerklasse ist es, dieser Bewegung sich tatkräftig anzuschließen und ihr einen gewissen Schutz an Kenntnissen zu leisten. Der Wahlspruch beider sei derselbe, den der oben erwähnte Artikel des „Metallarbeiters“ in die vorbildlichen Worte kleidet:

„Wir stehen auf dem Boden der Demokratie, der Gleichberechtigung und Gleichverantwortung aller,

wir stehen auf dem Boden des Sozialismus, der Gemeinwirtschaftsarbeit und des Zusammenstehens aller Stände

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Mai, der 21. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 16. bis 22. Mai

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:
1. Klasse ab 19. Woche ab 1. Klasse 4,50 M., 2. Klasse 4,-- M., 3. Klasse (Halbe Klasse) 1,50 M., 4. Klasse (Zeitringer) 50 Pfg.
Kartellbeitrag vierteljährlich 1 M.

Saarbrücken: 1. Klasse 4,-- M., 2. Klasse 3,-- M., Jugendklasse 1,50 M., 15jährige 1,-- M., Jugendklasse 16. und 17jährige 1,50 M., Zeitringer 0,50 M., Weibliche über 18 Jahre 1,50 M., Weibliche unter 18 Jahre 1,00 M.

Berlin: (von der 20. Woche ab) 1. Klasse 4,-- M., 2. Klasse 3,-- M., 3. Klasse (Halbe Klasse) 1,50 M., 4. Klasse (Zeitringer) 50 Pfg. Kartellbeitrag vierteljährlich 1 M.

Reheim: 1. Klasse 3,50 M., 2. Klasse 3,-- M., 4. Klasse 1,00 M., Lehrlingsklasse 75 Pfg.

Magdeburg: 1. Klasse 3,-- M., 2. Klasse 2,-- M., Halbe Klasse 1,25 M., Jugendl. Klasse 60 Pfg.

Bielefeld: 1. Klasse 3,-- M., 2. Klasse 2,50 M., 3. Klasse 1,30 M., Jugendklasse 60 Pfg.

Aus dem Verbandsgebiet

Solingen. In sehr gut besuchter, außerordentlicher Mitgliederversammlung (siehe unter Geschichtsführer, Kollege E b o r n, den Verlauf des Solinger Metallarbeiterkongresses. Seine Ausführungen dürften auch im weiteren Verbandsgebiet lebhaftes Interesse finden. Meinerzeit führte etwa folgendes aus: Wir leben am Abschluß eines Kampfes, wie ihn die Solinger Industrie bisher nicht gesehen hat. Leider ist das Ergebnis des sechswochenl. Kampfes eine Niederlage für die Arbeiterchaft. Die Arbeiterchaft hat in früheren Zeiten aus erlittenen Niederlagen stets ihre Lehre gezogen. Sie wird aus diesem Kampfe erst recht ihre Lehren ziehen müssen.

Der gegenwärtige Kampf in der Metallindustrie hat seine Schattenseiten weit vorausgeworfen. Die Gewerkschaften sind ihrer Natur nach Organisationen der praktischen, aufbauenden Arbeit. Als solche haben sie in der Vergangenheit unter sehr schwierigen Umständen den Arbeitern außerordentliche Erfolge gebracht. Des prächtigen Erfolges willen haben die Gewerkschaften in der Vergangenheit den Radikalismus abgelehnt. Der Radikalismus war stets ein schlechter Berater der Arbeiter. Seit der Revolution im November 1918 ist hierin eine vollständige Aenderung eingetreten. Radikale Elemente haben die Macht in den freien Gewerkschaften an sich gerissen, ganz besonders im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Allmählich, so auch in Solingen, wurden die gemäßigten und erfahrenen Führer abgedrängt und durch unabhängige ersetzt. Ferner verlor man mit allen Mitteln Einfluß auf die Arbeiterauschüsse zu bekommen. Die Gewerkschaftsbeamten wurden von der Leitung der Betriebsausschüsse entfernt, an deren Stelle traten Leute vom Schlage der radikalen Arbeiterstimme. Dadurch wurden die gemeinsamen Versammlungen der Arbeiterauschüsse zum Zummelplatz des Radikalismus. Auf Betreiben der Radikalen wurden in den gemeinsamen Versammlungen der Betriebsausschüsse Beschlüsse durchgeführt, die von unabhängigen Aktionsausschssen in Düsseldorf gefaht waren. Zum Beispiel Stellungnahme zum Betriebsrtchen und Abgabe von Geldern für die unabhängigen Aktionsausschsse in Barmen und Düsseldorf.

Ferner wurden immer mehr Stimmen laut, die Gewerkschaftsbeamten von den Versammlungen der Betriebsausschüsse auszuschließen. Wenn die Organisationen auf dem Verhandlungswege erhebliche Lohnverbesserungen durchsetzen, verdrängen radikale Elemente die Arbeiterchaft in den Streit zu ziehen.

Als Anfang Dezember nach zweimonatiger Verhandlung am Schlichtungsausschuß den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 20 bis 25 Prozent ausbedungen wurde, erklärte die Menge der Betriebsausschüsse nach der Abstimmung in der Reichshauptstadt Barmen und Betriebsbelegschaften dazu über, geschlossen Lohnforderungen einzureichen und mit Arbeitsniederlegung zu drohen. Wenn der paar Bettelepennies hätte man nicht so groblos Geseraher machen sollen. Trotz Bestehens des Kollektivvertrages gingen einzelne Arbeiter mit den Unternehmern freiwillig einen Vertrag abgeschlossen haben, so sind sie verpflichtet, diesen Vertrag zu halten, so erklärte der Vertreter des Hauptverbandes, Schlichter, vom deutschen Metallarbeiterverband in einer Sitzung der erweiterten Streikleitung am 14. Februar. Die radikalen Strömungen in der Arbeiterchaft möchten aber kurz oder lang zu groben Konflikten führen; leider hat sich ein grober Teil der bejourneten Elemente von den Radikalen leiten lassen. Der christliche Metallarbeiterverband hat rechtzeitig die Folgen, die sich aus diesen radikalen Strömungen ergeben könnten, abgesehen. In einer Entschliessung der Vorstände vom 1. Februar heißt es: Die Konferenz hält es für unmöglich und den Interessen der Arbeiter im höchsten Grade schädlich, die Vertretung bewirtschaftlicher Interessen nach radikal politischen Gesichtspunkten zu orientieren. Dadurch wird die Arbeiterchaft über kurz oder lang in Streikbewegungen hineingeworfen, die ihr zum Verhnis sind. Also vor dem Kampfe war sich die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes darüber vollständig im klaren, welche Folgen die radikalen Treiberien nach sich ziehen würden.

Ende Januar reichten die Dsseln- und Februerhrten ohne vorherige Verhandlung mit den Organisationen Lohnforderungen ein. Als die Fabriklanten diese Forderungen ablehnten, traten die Schlichter in den Streit. Das Vorgehen der Schlichterarbeit war den Gewerkschaften auf Unternehmenseite eine willkommene Gelegenheit, bei 14tgiger Kündigung die Gesamtansparung vorzunehmen. Anstatt nun während der Kndigungszeit eine Verordnungsgebung herbeizuführen, beschloß die Verbandsleitung der Betriebsräte, vor Ablauf der Kndigungszeit in den Generalstreik zu treten. Dieser Beschluß wurde gleichfalls ohne vorherige Verhandlung mit den Gewerkschaften gefaht. Die Urheber des Generalstreiks glaubten den Streit in drei Tagen gewinnen zu können. Damit wurde der Generalstreik zum Generalniederlagen. Die Unternehmer beantworteten den Generalstreik mit den ihnen auferlegten 15 Bedingungen. Diese 15 Bedingungen stellen eine wesentliche Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen dar. Ferner verlangten die Unternehmer, bevor Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit stattfinden könnten, die grundsätzliche Anerkennung der 15 Punkte. In diesem kritischen Stadium des Kampfes trat die radikale Streikleitung zurtck und überließ die Bewegung den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführer bernahmen die Leitung der Bewegung, damit durch eine schnelle Beendigung derselben die Opfer verringert und ein günstiger Abschluß herbeigeführt würde.

Der Kampf ist dadurch unendlich in die Länge gezogen worden; weil die Unternehmer die vorherige Annahme der 15 Punkte forderten und dadurch eine Verständigung unmöglich war. Als dann mit großer Mühe Verhandlungen zustande kamen und nach anfänglichen Schwierigkeiten doch Aussicht auf Erfolg hatten, kam es zu den bekannten Vorgängen im Hotel Monopol. Während der Verhandlung erklärte eine nach Stunden gezahlte Menge von Streikenden, anheimelnd, um den Grund der Verhandlungen nach innen einer Seite in zu beeinflussen. Auch hier hatten zweifellos radikale Elemente ihre Hand im Spiele. Die Vertreter der Fabriklanten verharbte wurden dann ttlich angegriffen und zum Teil erheblich mißhandelt. Die natürliche Folge dieser behauerlichen Vorgänge war, daß keine Verhandlungen mehr zwischen den Parteien stattfanden und der Kampf dadurch um Wochen zum Schaden der Arbeiter in die Länge gezogen wurde. Ferner wurde der Kampf dadurch in die Länge gezogen, daß radikale Drahtzieher immer wieder neue Momente in die Bewegung hineintrugen und außerdem die „Arbeiterstimme“ Organ der U. S. B., immer wieder durch entsprechende Notizen eine Verständigung zwischen den Parteien unmöglich machte. Zuerst war es die Arbeitszeit, dann die Lohnfrage und später wieder die Arbeitszeit, auf der man herumtritt. Dabei schenkte man eine Verständigung durch Verhandlungen mit dem Reichskommissar Severing rundweg ab. Hätte man den Reichskommissar zu Verhandlungen hinzugezogen, dann wäre zweifellos der Kampf voraussichtlich in 8 bis 14 Tagen beendet worden und die 15 Punkte der Unternehmer in der Versenkung verschwunden. Natürlich waren es radikale Führer des deutschen Metallarbeiterverbandes, welche erklärten, die Arbeiter hätten 5 Jahre im Kriege gehungert, jetzt könnten sie auch noch einige Tage aus Idealismus hungern. Es sind dergleichen Führer, die Beschlüsse mitführen, um sie nächster nicht zu halten. In weiten Kreisen der Solinger Arbeiterchaft war man sich während des Kampfes nicht so recht im klaren darüber, ob die Gewerkschaften oder die „Reichliche Arbeiterstimme“ die Leitung des Kampfes übernommen hatte.

Die lange Dauer des Kampfes hat der Solinger Arbeiterchaft sowie der gesamten Bevölkerung außerordentlichen Schaden angefügt: 1. der entgangene Arbeitsdienst, 2. die Mithierung der um rund einen Monat später eintretenden Lohnerschkung, 3. die Annahme der von den Unternehmern gebotenen Verschlechterungen.

Soll die Arbeiterchaft für die Zukunft vor ähnlichen groben Niederlagen bewahrt bleiben, so müssen wir zukunftsigen wilden Streikbewegungen energischer entgegenzutreten, die ihre Ursache in der unverantwortlichen Radikalisierung der Masse finden und auf die Ausschaltung der Gewerkschaften als die bewusste Interessensvertretung der Arbeiterchaft hinzielen. Behalt der Radikalismus in der Solinger Arbeiterchaft Oberwasser, dann wird der jetzt zum Abschluß gekommene Kampf nicht der letzte gewesen sein. Sodann müssen die Traditionen der Gewerkschaften wieder mehr zur Geltung kommen, wonach auf dem Wege der Verständigung das Nmögliche für die Arbeiter herausgeholt wird. Damit wird einem Augenblicke des Streikrechtes nicht das Wort geredet, aber immerhin bleibt er das letzte Mittel, wenn alle anderen erschöpft sind. Es muß betont werden, daß auch die Arbeitgeber gegen diese Grundgesetze verstoßen haben, weil sie eine rechtzeitige Verständigung mit den Organisationsvertretern nicht wotzen. Als dann später Verständigungsmöglichkeiten gegeben waren, wurden dieselben zunchste gemacht durch Ausstellung der 15 Bedingungen.

Werden obige Punkte befolgt, dann nähern wir uns den Grundgesetzen der christlichen Gewerkschaften. Diese Anwendung zu

ziehen ist Aufgabe aller bejourneten Elemente innerhalb der Arbeiterchaft, ohne Rücksicht auf die funktionelle und parteipolitische Anweisung. Sieht die Solinger Metallarbeiterchaft dieses ein und tun unsere Kollegen in der Aufrrung ihre Pflicht, dann wird der christliche Metallarbeiterverband gestarkt aus diesem Kampfe hervorgehen, und es tritt dann das Gegenteile von dem ein, wa die radikalen Drahtzieher gewollt haben.

Berlin, Oberhrden. „Neuorientierung“ hieß das Schlagwort, welches während des Krieges in den Parlamenten viel zu hören war. Neuorientierung finden wir bei den politischen Wahlen, indem sich kleine Parteien zu großeren zusammenlossen. Auch für uns christliche Gewerkschaftler können wir eine Neuordnung der Dinge feststellen. Der langjährige Kampf der christlichen Gewerkschaften und Facharbeiter ist beendet, die Einigung erfolgt. Unter diesen erfreulichen Ereignissen konnte am 1. Februar unsere Generalversammlung vom Vorsitzenden M. Weller eröffnet werden. Herzliche Begruungsworte waren es daher, die er der eigentlichen Tagesordnung vorausschickte und die neuen Gewerkschaftler willkommen hieß, zum neuen Schaffen und Wirken. Ebenso herzlich sprach Kollege Zander im Namen der Uebrigetretenen. Mit besonderer Genugtuung konnte auch die Mitteilung entgegengenommen werden, daß in den evangelischen Vereinen des hiesigen Ortes der Anschluß an unsere Gewerkschaften mit dem 1. April vollzogen werden soll. Hierauf wurde die Tagesordnung erledigt. Nach dem Protokoll erfolgte die Jahresberichterstattung. Sie gliederte sich in: Thematisches, Mitgliederbewegung, Lohnbewegung, Agitation, Verbandsaufbau, Kartellverhltnisse und Allgemeines. Die erfolgte Einigung wird das Agitationsfeld erweitern und die Kräfte vergroern. Der Verbandsaufbau war im allgemeinen gut, doch muß dieser noch reger werden, denn nur in der Stellung erfolgt Schtung und Erziehung zum Gewerkschaftler. In Lohnbewegungen wurde der große Metallarbeiterstreik erwähnt, der große Anforderungen an die Mitglieder stellte. Auch wurde der Gründung eines Ortsartells gedacht. Mit der Aufforderung mit vereinten Kräften zu arbeiten, schloß der Bericht. Nachdem der Vorsitzende allen seinen Mitarbeitern besonders den Vertrauensleuten herzlich dankte, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes; die Kollege Brothmann leitete. Gewählt wurden M. Weller, als 1. Vorsitzender; G. Brothmann, als 2. Vorsitzender; G. Bittner, als Kassierer; 3. H. Kretsch, 1. Schriftführer; A. Wilmann als 2. Schriftführer, 4. Beisitzer und 10 Vertrauensleute nebst stellvertretende die Leitung der Ortsgruppe. Der Antrag, die Versammlung auf den 3. Mittwoch im Monat zu verlegen, wurde angenommen. Weiter wurde zur Gewinnung der Jugend ein Jugendauschu gebildet.

Frankfurt a. Main. Der Einladung zu unserer Generalversammlung hatten die Frankfurter Kollegen zahlreiche Folge geleistet. Auch die auswärtigen Sektionen hatten Vertreter entsendet. Kollege Reubert berichtete eingangs seines Geschichtsbereichs über die Nachwirkungen der Revolution und des militärischen Zusammenbruchs. Nach der Arbeitslosenstatistik waren am 1. Februar 1919: 14532 Arbeitslose zu verzeichnen, am 1. November nur noch 2618. Der Niedgang der Arbeitslosenstatistik wird wohl in der Hauptsache auf die behördlichen Maßnahmen zurückzuführen sein. Die Leuerung für Lebensmittel und Bedarfsartikel hatte auch hier fortwährende Kämpfe um höhere Löhne, Entschuldungssummen und Wirtschaftshilfen zur Folge. Am 15. Juni wurde unter Ausschluß unserer Organisation für Wessen, Helsen-Nassau, ein Kollektivabkommen getroffen, was unsere Bezirksleitung veranlaßte, dieses Abkommen selbstständig abzuschließen. Mit dem deutschen Metallarbeiterverband wurde der im Jahre 1913 gemeinsam abgeschlossene Tarifvertrag am 1. Mai und 15. Oktober einer Neuverhandlung unterworfen. Für die Kollegen Reifenberg wurden 25 Prozent Lohnerhöhung erreicht. Für die Lehrlinge mußte in Einzelfällen besonders eingegriffen werden. Gegenüber den Ausschaltungsbestrebungen und dem Terrorismus ist das beste Mittel die Stärkung unserer Reihen. Der Bericht über die Mitgliederbewegung, sowie Einnahmen und Ausgaben kann uns noch nicht befriedigen. Wir den Kollegen selbst liegt es, daß sie zu sorgen, das im nächsten Jahre ein befriedigender Bericht vorgelegt werden kann. In der Diskussion ermahnte Bezirksleiter Sberer zur Mitarbeit. Der christl. Metallarbeiterverband wird das sein, was wir aus ihm machen. 220000 Mitglieder haben sich bis heute um ihn geschaart, eine glänzende Entwicklung, an der wir aber im hiesigen Bezirk nicht genügend Anteil haben. Wenn auch hier nahezu alle Arbeiter der Organisation zugeführt sind, so gibt es jetzt die irregulären zurtckzugewinnen. Besonders muß den Landorten und der Jugend groere Aufmerksamkeit geschenkt werden. In der nachfolgenden Vorstandswahl wurde Kollege Zimmermann zum 1. Vorsitzenden gewählt und zu den alten Vorstandsmitgliedern der Kollege Symionowski neu hinzugewhlt. Mit der Aufforderung zur tatkräftigen Mitarbeit schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung. Und nun Ihr Frankfurter Kollegen auf zur Tat. Im verflossenen Jahre haben wir allen terroristischen Mitteln zum Trotz uns vorwärts gearbeitet, diese Tatsache muß uns anspornen. Einmal wird auch die Benutzung in den Massen wieder Einfuhr hatten. An auch liegt es, diesen Prozeß zu beschleunigen. Der Boden ist hart, den wir zu bearbeiten haben, deshalb Mut und Ausdauer und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Amberg. In dem auf unserer letzten Jahresgeneralversammlung erstatteten Ttigkeitbericht wurde angeführt, daß das Jahr 1919 zwar reich an revolutionären Erscheinungen und an Verbredungen seitens sozialdemokratischer Agitatoren aller Schattierungen war, daß aber jeder, der mehr erwartet hat, bitter enttäuscht worden ist. In Bayern hat besonders die so genannte „Kterrepublik“ mit ihren Schreckenstagen und Wochen sehr viel Arbeiterblut gekostet. Auch in Amberg bekamen wir viele „Kterrepublik“ zu spüren. Am 7. April setzte sie ein. Eine an diesem Tage stattfindende Versammlung von Vertrauensmännern der christlichen Gewerkschaften wurde von 10 Mann in Gewalt überwacht. Es wurde verboten, etwas gegen die „jetzige Regierung“ zu sagen, dabei mußte der führende Unteroffizier aber selbst nicht, wer die „jetzige Regierung“ sei. Im städtischen Hrtenswerk Luisenbtten wollte man unsere Betriebsräte einfach abjagen, den Mitgliedern sagte man, es gibt jetzt nur noch „revolutionäre Arbeiter“, darum trat in den freien Verband ein. Räuber wurden ausgesendet, dem Beamten drohte man mit Verhaftung und dem Unterwerkmeister unterlegte man, mit uns zu unterhandeln. Es half aber alles nichts, bereits am 2. Tage antraten unsere Betriebsräte wider und am 1. Tage mußte die Kterrepublik das Feld räumen. Bei der Firma Baumann wurde man ebenfalls einen „reinstelligen“ Betriebsrat zu bilden, aber an dem Widerstand unserer Mitglieder scheiterte der Plan. Es ist außerordentlich und zeigt für die wirklich tieferen Gewinnung vieler Gewinnen, daß sie bei jeder Beschluß versuchen, mit Gewalt zu erreichen, was ihnen mit vernünftigen Mitteln nicht gelingt. Die Gewerkschaften muen doch endlich einsehen, daß es ausgeschlagen ist, die gesamte Arbeiterchaft in einen Topf zu werfen. Andererseits müssen sie aber bedenken, welche unheimlichen Waffen sie durch ihre Gewerkschaft mit dem Unternehmertum in die Hände spielen. Wenn dieses jemals wieder aus ihrer Hand kommt und nach dem heutigen sozialistischen Rev. Gewalt anwendet, dann wee dir, deutscher Arbeiter. Da muß eine Ausrnderung der Betriebe beginnen, ähnlich wie es die Gewerkschaften jetzt versuchen. Trotz allem sozialistischen Widerstand konnten wir unsere Mitgliederzahl erheblich steigern. Es hätte noch besser sein können, wenn alle Kollegen und Kolleginnen ihre Pflicht

wenn sie mitgearbeitet und mitgesteuert hätten. Warum sind so mancher Gleichgültigkeit und Mangelinteresse auf die sozialdemokratischen Schritte hereinzufließen? Doch meist deshalb, weil sie in den Verhältnissen bei den übrigen Mitgliedern nicht die nötige Klärung und Erläuterung hatten. Hier muß im laufenden Jahre nachgeholfen werden. Wir müssen endlich mit der Sprichwörterlei der Genossen fertig werden und zielbarer, praktischer Arbeit entgegenstreben.

Die Gesamteinnahmen betragen im letzten Jahre 191 300 M., in der Ausgabe 63 830 M., an die Hauptkasse gingen 45 600 M., und in der Nebenkasse verblieben 12 070 M. Das finanzielle Ergebnis darf als günstig bezeichnet werden, wenn auch heute schon feststeht, daß wir mit den jetzigen Mitteln nicht durchkommen. Es ist arbeitslos, wenn die Mitglieder immer in der Vergangenheit haften, heute und in der Zukunft nach mehr sind wir auf finanzielle Verbände angewiesen. Die Mitglieder der Firma Baumann werden dies einsehen, denn bildlich müßte der Betrieb wegen Kohlenmangel geschlossen werden. Die Arbeiter des Reichswerkes laßen 2 mal auf der Straße und oh es das letzte mal war, können wir zwar hoffen, haben aber keine Garantie dafür. Was soll werden wenn längere Arbeitslosigkeit eintritt oder wenn wir hier auch in Arbeitslosigkeit verwickelt werden? Darum muß rechtzeitig ein entschlossener Kampf geschlossen werden, damit wir für alles gerüstet sind.

Die Tätigkeit des Verbandes in diesem auf Verbesserung der Lebensverhältnisse war im allgemeinen erfolgreich. Bei den einzelnen Werken betrug die Lohnsteigerung für Arbeiter über 25 Jahre bis zu 60 M. pro Woche. Auch für die jüngeren Arbeiter kamen ansehnliche Beträge heraus. Damit ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse gegeben. Freilich müssen auch wir, doch die Verbesserungen durch Preissteigerungen überholt wurden. Es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, daß diese Preissteigerungen auch einzuwirken wären, wenn die Lohnsteigerungen in einem Maße einzuwirken wären. Dann wäre die Lage der Mitglieder noch viel schlechter geworden. Deshalb muß jetzt erst recht Gewerkschaftsarbeit geleistet werden, zumal der Widerstand der Unternehmer von einer Bewegung aus anderen Kreisen wird. Die Dummheiten der Revolutionärschicksaligen fangen an, sich zu rücken, darum ist es recht zumutend, daß für die Mittelmehrheit der Mitglieder, die die Firma Baumann verläßt zum Besten der Arbeiter und des Reichswerkes und von den Gewerkschaften. In beiden Verträgen ist unser Verband beteiligt. Für eine Reihe kleinerer Werke, sowie für das Sandwerk wurde die Lohnfrage ebenfalls tariflich geregelt. In dieser Richtung muß im laufenden Jahre festgehalten werden. Dazu ist starker Aufwandsaufwand in der Organisation notwendig. Bei der Wahl der Betriebsräte haben wir im vergangenen Jahre auf abzuweichen. Wenn in diesen Wochen die Meinungen stillstehen, so dürfen wir daß unsere Mitglieder wieder ihren Mann stellen. Aber hört man da und dort die Meinungen, die Genossen sollten die Verantwortung tragen, wir erinnern aber daran, daß bei einer Erwerbslosigkeit auch unsere Mitglieder mitleiden haben. Deshalb müssen wir in allen Betriebsräten durchdringend vertreten sein. Die Hauptaufgabe im laufenden Jahre ist Klärung und Belehrung. Immer mehr zeigt sich, daß die radikalen Schritte nicht mehr stehen, immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die sozialen Reformen der Sozialisten Dumm und Nuss waren. Die reale Arbeit kommt wieder zu Ehren, die Vernunft kommt zu ihrem Recht. In dieser Entwicklung mit Hochdruck zu arbeiten ist unsere Pflicht, wir wollen ihr nachkommen und Mann für Mann arbeiten an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes.

Hörte. Ein Kapitel zum Betriebsratswahlrecht. Welche eigenartige Vorstellung der Arbeiterrat der Hütte Phönix von seinen durch das Betriebsratswahlrecht verbrieften Rechten hat zeigt ein Vorfall, der sich in einer Sitzung des Arbeiterrats am 27. April 1919 abspielte. Der Arbeiterrat befaßte sich in seiner Sitzung mit der Stellungnahme zum 1. Mai. Die Mehrheit des Arbeiterrats, die sich aus den Reihen der freien Gewerkschaften zusammensetzte, beschloß gegen die Stimmen der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, an diesem Tage die Arbeit auf der Hütte Phönix ruhen zu lassen, trotzdem von den Vertretern der christlichen Gewerkschaften eine Abstimmung in den Betrieben beantragt wurde und daß, wenn diese ein Zweidrittelmehrheit gegen das Arbeiten erzielte, auch die christlichen Arbeiter an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen wollten. Dieser obigen Vorfall beschaffte sich die Vertrauensleute des christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Nach eingehender Ausdrucksüber diesen Vorfall wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: In der am 28. April tagenden Vertrauensmännerkonferenz des christlichen Metallarbeiter-Verbandes wurde einstimmig beschlossen, am 1. Mai die Arbeit zu verrichten. Die Vertrauensleute haben auf dem Standpunkt, daß, wenn eine Gruppe nach ihrer Arbeitsleistung feiern will, sie dieses tun möge. Sie ist aber nicht berechtigt, den Arbeitern die Arbeit zu verbieten und den selben den 1. Mai als Feiertag auszusprechen. Ganz besonders erheben die Vertrauensleute des christlichen Metallarbeiter-Verbandes energischen Protest gegen das brutale Vorgehen eines Teiles der Arbeiterrats auf der Hütte Phönix, die in der Sitzung am 27. 4. gegen die Stimmen der christlichen Vertreter beschlossen haben, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, obwohl ein großer Teil der Arbeiterchrist, nicht allein christliche, sondern auch anders gestimmte Organisierte, auch 1. Mai an diesem Tage zu arbeiten, da sie auf dem Standpunkt stehen, alle Kräfte anwenden zu müssen, um unsere Wirtschaftsfrage wieder in gesunde Bahnen zu lenken, welches auch in der Rede des Herrn Staatsministers Eberwald hervorzuheben wurde. Dieser Vorfall auf der Hütte Phönix durch den Arbeiterrat wird der Nationalversammlung und dem Reichskommisar wegen Verletzung der Machtbefugnisse (laut Betriebsratsgesetz) unterbreitet werden.

Südeswagen. Im Jahre 1910 und 1911 hatten sich einige Metzger in der Ortsgruppe gegründet werden konnte. Durch den Krieg wurde diese wieder auseinander gerissen. Im Jahre 1917 konnte die Ortsgruppe erst wieder ins Leben gerufen werden, jedoch auch von der Zeit an verschiedentlich gute gewerkschaftliche Erfolge erzielt wurden. Doch es muß betont werden, hätten manche Arbeiter mehr Mut gehabt, wäre der Erfolg wesentlich größer gewesen. Dadurch, daß einige Kollegen Rückhalt gezeigt haben, konnte die Kollegen, welche die Verbandstätigkeit gehabt hatten, als sie aus dem Kriege zurückgekehrt waren, sich der Verbandstätigkeit wieder annehmen. Inzwischen war auch hier ein revolutionärer Geist eingezogen. Trotzdem haben wir, nachdem in öffentlichen Versammlungen mit den Gegnern die Gegner wiederum gekämpft sind und in Mitgliederzusammenschlüssen durch ausführende Vertreter unsere Mitglieder über Wesen und Ziele der christlichen Gewerkschaften belehrt wurden, in der Agitation und Propaganda eine große Rolle gespielt. Das auch auf wirtschaftlichem Gebiet unsere Arbeit erfolgreich war, beweist der Tarifabschluss, den wir im Jahre 1919 erstmalig tätigen konnte, der für unsere Arbeiterverbesserung brachte. Es gilt nun, diese Erfolge zu erhalten und weiter auszubauen. Dazu bedarf es reger Mitarbeit sämtlicher Kollegen und Kolleginnen, die in gemeinsamer Arbeit mit dem im Januar d. J. neu gewählten Vorstand dazu beitragen müssen, daß neben Erreichung materieller Vorteile eine Vertiefung der idealen Bestrebungen unserer Bewegung bei den Mitgliedern Platz greift. Vieles ist erreicht, insbesondere ist unsere Aktion, die infolge der kleinen Zahl von Mitgliedern während der Jahre 1910-1917 noch bedeutungslos für den Ort Südeswagen anzusprechen war, dank der

regem und unermüdeten Mitarbeit mehrerer Kollegen, zu einem achtunggebietenden Faktor nicht allein in Südeswagen, sondern mit den anderen Sektionen der Verbandsstelle Reichsgebiet im Verbands resp. Überbereich der Reichsgebiet geworden. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich besonders in der letzten Zeit unter christlichen Metallarbeiter-Verband angeschlossen; viele sind noch zu gewinnen, insbesondere die, die entgegen ihrer Überzeugung und heßt durch den Verbandsfall gewisser Mitarbeiter vom sozialdem. Metallarbeiterverband losgelöst sind. Hier müssen sämtliche Kollegen und Kolleginnen in der Agitation ihr bestes Können einsetzen für die Gewinnung neuer Mitglieder für unseren christlichen Metallarbeiter-Verband, der als wirklich religiös und parteipolitisch neutral die Interessen der Arbeiterchristen energetisch wahrnimmt. Darum Kollegen und Kolleginnen von Südeswagen, hinein in die Agitation, laßt dafür, daß die Erfolge in der Zahl der Neuzugänge, die in den ersten Monaten des Jahres erzielt sind, auch in den kommenden Monaten nicht nur erreicht, sondern überholt werden.

Aus der Branchenbewegung.

Nachrufe für Dreher.

Neben allen anderen Erscheinungen im heutigen Berufsleben tritt wohl keine so markant hervor, als die das Weibchen nach landläufiger Kenntnis. Wenn man im alten Deutschland in seinem selten wirtschaftlichen Gelingen und der starken Arbeiternachfrage dieses Bestreben nur einzelnen besonders so wirksamen treibenden Berufskollegen überließ, hat man heute mit einer aus der Not geborenen Eile hinzu zu tun. In vielen Berufen ist man dazu übergegangen, Tarifkämpfe zu vermeiden, die eine Stillestand in Klagen vorsehen. Dabei kommt unfreiwillig die Fähigkeit und Leistung der einzelnen Kollegen in Frage. Das Bestreben, möglichst in die höchste Position einzugehen zu werden, liegt bei jedem Arbeiter vor, man strengt sich an, um möglichst viel zu verdienen. Das nun in jedem Beruf Arbeiten vorzunehmen, zu deren guter, praktischer Ausführung es reichlicher Überzeugung und fachlicher Kenntnisse bedarf, wolle jeder Handwerker, Arbeiter und Lehrling sich an der Erklärung die Fachbegriffe und die Lage er leichter noch ein weiteres Bedürfnis für die Sozialisten, war er gezwungen, an Privatleistungen teilzunehmen.

Georg Scherer.



Pflicht und unerwartet ist unser Kollege, Bezirksleiter Georg Scherer-Tienbach am 2. Mai im Alter von 55 Jahren aus einem arbeitsreichen Leben geschieden. Schon früh erkannte er als Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation, des Zusammenstehens der Arbeiterkraft und bestrebt sich eifrig in den Formationsbereichen wie auch in den hoch. Arbeiterberufen. Als unser christlicher Metallarbeiterverband im Jahre 1899 gegründet wurde, trat er ihm sofort bei und übernahm, zuerst im Reichsbereichsverband der Metallarbeiter, ein harte, schweres, kühnes Gebiet, eine Schöpfung der Sozialdemokratie war es, um Kollege Scherer seine ganze Arbeitskraft einsetzte, um dem Gedanken des christlichen Metallarbeiterverbandes einen fruchtbareren Boden zu bereiten. Am Jahre 1905 trat er aus seinem Arbeitsbereich in den Dienst des Reichsverbandes und wirkte seit der Zeit als Bezirksleiter. Das Vertrauen seiner Mitglieder rief ihn in den Bezirk zu Offenbach und 1919 in die heilige Kammer.

Kollege Scherer war ein unerschrockener, pflichtgetreuer Kämpfer, der stets nach dem Schwert für die christl. Arbeiterbewegung kämpfte und den der schwere Gedanke, daß er lange Zeit in einer Domäne der Sozialdemokratie ringen mußte, nur noch mehr in seiner aufrichtigen Überzeugung bestärkte. Fern, jedoch, ein Mann der Arbeit, zielbewußt, geduldig, von Feind, geliebt von den Kollegen, seine Arbeit als ein fähiger Humor ausstieß, war er das wahre Bild eines echten Menschen und eines christlichen Gewerkschaftlers.

Der christliche Metallarbeiterverband betrauert in dem verstorbenen Kollegen Scherer einen Helden unserer Organisation, einen pflichtbewußten Beamten und einen edlen Kollegen. Wir werden seiner niemals vergessen.

Er möge ruhen in Frieden!

Doch hörte man hier und da vielfach, daß in solchen Fällen zu schematisch vorgehen und dieselben von solchen Leuten geübt wurden, die vom praktischen Arbeiten wenig, aber fast gar keine Ahnung hatten. Deshalb geht man heute seitens der Organisationen dazu über, geeignete Spezialkurse für die einzelnen Berufe, unter Leitung tüchtiger Fachlehrer einzurichten. So hat man auch von manchen Ortsverwaltungen unseres christl. Metallarbeiterverbandes derartige Fachkurse für Dreher eingerichtet. Besonders hier im Rheinisch-westfälischen Industrie-Gebiet sind in verschiedenen Städten unter Leitung des Kollegen Fuchs mehrere Kurse im Gewinnd- und Konstruktionsbereich abgehalten worden. So würde dem im vorigen Jahr in Essen von 115 Kollegen bestanden Kursus auf vielfältiges Verlangen ein neuer Kursus, der bezahllich stark besucht wird, daß eine Teilung vorgenommen werden mußte. Es wäre gewiß zu fordern, daß dem Lehrling während der Lehrzeit in der Werkstatt seitens des Meisters oder des Gefellen in dieser laßt alljährlich vorkommenden Arbeit genügender Unterweisung gegeben würde. Es kommt aber vielfach vor, daß selbst der Meister nicht in der Lage ist, sobald es sich um kleine Abweichungen handelt, bestimmtes anzugeben zu können. Es ist darum doppelt zu begrüßen, wenn seitens der Organisation auch hier jedem Vorwärtstrebenden Gelegenheit geboten wird, ohne große Kosten sein Wissen zu bereichern und jeder kann hier Veräumtes nachholen. Wenn es heute mehr denn je heißt, nur gute Qualitätsware wird die deutsche Metallindustrie in die Lage setzen, jeder ausländischen Konkurrenz, im In- und Ausland die Spitze zu bieten, so will die Organisation es sich zur Aufgabe machen, durch Entschlossenheit, Geduld und dazu beizutragen, ihre Mitglieder zu tüchtigen und brauchbaren Qualitätsarbeitern heranzubilden. Darum liegt es an den Kollegen, diese Einrichtungen, wo sie geboten werden, durch Teilnahme zu unterstützen, zum Nutzen des ganzen Berufs.

Versammlungskalender.

Samstag, den 15. Mai 1920:

- Essen-Berge-Vorfeld. 6,30 Uhr bei Hugo Schürmann.
Darmen. 7 Uhr bei Kindermann, Oberdörner Str. 69.
Dortmund-Narva. 7 Uhr bei Rortz.
Karlsruhe. 7,30 Uhr Bericht über die Bezirkskonferenz.
Koll. Helbing.
Düsseldorf. 5,30 Uhr bei Brune, Sterkrader Str.
Sonntag, den 16. Mai 1920:
Essen-Kupferdreh. 11 Uhr bei Mellwich (nicht Erlens).
Essen-Vegeroth. 6 Uhr bei Besten.
Essen-Breda. 10,30 Uhr bei Kels.

- Essen-Frohnhausen. 11 Uhr bei Poligleber, Frohnhauser Str. Eine Stunde vorher Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung.
Essen-Strophenberg. 6 Uhr bei Klostermann.
Dortmund. 10,30 Uhr Quartals-Generalversammlung.
Dortmund-Elbing. 11 Uhr bei Fischer.
Dortmund 1 u. Nord. Versammlung findet wegen der Quartals-Generalversammlung nicht statt.
Oberhausen (Rhd.). 10 Uhr im Arbeitersaal der Union für die Mitglieder sämtlicher Zahlstellen einschl. Frantrop.
D.-Wanneheim. 11 Uhr für die Zahlstellen Wanneheim, Wannehemmerod, Ehingen, Wäldenheim, Mündelheim, Großenbaum, Hückingen und Wuchholz bei Berlohen, Gückingen, Düsseldorf-Elbing.
Dortm. 10 Uhr Vorstand- u. Vertrauensmännerversammlung. 10,30 Uhr Mitgliedervers. bei Koop, Am Markt.
Montag, den 17. Mai 1920:
Essen-Wellingshausen. 6 Uhr bei Schreiber, Frankenstr.
Dienstag, den 18. Mai 1920:
Essen. (Fachgruppe d. Schlosser.) 6 Uhr im Gesellenhaus, Steeler Straße 36.
Essen. 5 Uhr im Alfredshaus, Frohnhauser Straße 19.
Mittwoch, den 19. Mai 1920:
Essen-Pottrop. (Kleingewerbe.) 6 Uhr bei Frogemann.
Donnerstag, den 20. Mai 1920:
Dortmund. 6 Uhr allgemeine Vertrauensmännervers. im goldenen Wäden.
Essen. (Fachgruppe der Elektriker u. verw. Berufe.) 7 Uhr im Gesellenhaus, Steeler Straße 36. Mit Fachvortrag des Herrn Ing. Wilms über „Der Gleichstrommotor und seine Schaltungen“. Tariffragen.
Duisburg-Spohfeld. 6 Uhr bei Bongardt, Wanneheimer Str. 92.
Freitag, den 21. Mai 1920:
Essen. (Fachgruppe der Schlosser.) 6 Uhr im Gesellenhaus, Steeler Straße 36.

Stahl-Platten, pr. Friedensmarke, 4 1/2 d. m., ca. 8 gr Muster geg. Einl. von 30 Pf. u. Porto.
Fellert, Hamburg, Börsenbrücke 2a, Hpt.

Kartellsekretär gesucht.

Das Kartell Groß-Berlin der christlichen Gewerkschaften sucht einen Sekretär zum alsbaldigen Antritt, der gute rednerische und organisatorische Fähigkeiten besitzt und für die Arbeit in einem räumlich ausgedehnten und beruflich reichhaltigen Gebiet geeignet sein muß. Gute Kenntnis des konfessionellen Vereinswesens ist erforderlich. Vertrauensvoll: der Anzeigebote ist sehr erwünscht. Das Sekretariat ist ausreißend fundiert; auch ein hervorragender tüchtiger Kollege kann ein angemessenes Gehalt rechnen. Ein Stamm fleißiger Mitarbeiter wird dem Sekretär zur Verfügung stehen. — Bewerber mögen ein Bewerbungs-schreiben, einen Lebenslauf und einen kurzen Aufsatz über die Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit und ihrer Leiter bis spätestens Ende Mai d. J. einleiten an den Vorsitzenden des Kartells: Max Riedel, Berlin SW, Reichstraße 9/III.

Fachleute

Dreher, Schlosser u. Maschinen-schlosser

können in Holland Arbeit bekommen bei

Utrechtsche Maschinenfabrik

o. d. Frans Smulders, Utrecht.

Bearbeiter

ge sucht. Perfekte muß in der Maschinenformerei gründlich erfahren sein und gute Kenntnisse in der Anfertigung von Modellplatten nachweisen können. A. Beien, Herne i. Westf.

Werkzeugschlosser

ge sucht, bewandert im Schmitt- und Stangenbau. H. Alker & Co., Kassel Aluminiumwaren-fabrik.

Gesucht

für das Formen mittels Handformmaschinen. Geht Angebote unter Angabe von Alter, Religion, wo gearbeitet, Gehaltsanspr. usw. an N. V. Yzerjansz und Emalfabrieken Be Eina, Breda, Holland.

Chauffeur

27 Jahre, ledig, gestützt auf einwandfreie Papiere, mit Führerschein III und II, sucht ab 1. Mai 1920 od. später Stellung.

Angeb. unter M. J 300 an den Deutschen Metallarbeiter Duisburg, Mustfeldstraße 15.

Selbständig arbeitende Schmiede, Keramacher, Maschinenformer, Gusspuffer, Hilfsarbeiter, Zugschleifer stellt sofort ein A. Beien, Herne i. Westf.